

Ein paar Bemerkungen zu Robert Menasses Buch „Der Europäische Landbote“

Zsolnay Verlag, Wien 2012
ISBN 9783552056169

Es ist ein gutes Buch. Deshalb habe ich ein paar unsystematisch Gedanken und Kommentare aufgeschrieben, zu denen seine Lektüre mich angeregt hat.

Die eingangs gegebene positive Würdigung der EU-Verwaltung ist großartig und gerecht. Sie deckt sich mit meiner Erfahrung und Analyse, dass die Misere Europas jedenfalls nicht einer „Brüsseler Bürokratie“ zugeschoben werden kann, sondern von den Politiken der Staaten im Rat herrührt.

Bedauerlicher Weise hat Menasse ein Feindbild, das ich nicht teile: Frau Merkel und die nationalistischen Deutschen. Dabei dienen ihm die Behandlung Griechenlands und die Verweigerung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik als Beweis, ohne dass er analysiert, ob denn Schweden oder die Slowakei eine selbstlosere Politik billigen würden. Nicht nur Deutsche sehen Griechenlands Misere in erster Linie als Folge griechischer (exzessiver Verschuldungs-)Politik. Ich verstehe auch nicht, warum ein seriöser Autor ignoriert, dass Griechenland bereits 100 Milliarden € erlassen und Unsummen an Zinsen erlassen worden sind. (Dabei bin ich gar nicht gegen einen weiteren Schuldenerlass, den sich allerdings nicht jeder Euro-Staat so gut leisten kann wie Deutschland! Ich wäre gespannt, was Spanien, Irland, Italien, Slowakei und andere sagen würden, wenn Deutschland z.B. 100 Milliarden weitere Schulden zur Diskussion stellen würde; Deutschland würde ja nur etwa 25% verkraften müssen!).

Auch bei der richtigen Analyse der Rolle des „Rates“ bleibt Menasse auf Merkel fixiert, als hinge alles von ihr ab. Dass es im Rat deutsch-französische Führungsinitiativen und Absprachen gibt, hält M. demokratietheoretisch für undemokratisch – verkennend, dass es ohne solche Absprachen im kleineren Kreis in keiner Demokratie geht: Koalitionsausschüsse, Küchenkabinette und Geheimabsprachen sind notwendige Instrumente auch in nationalen Demokratien.

Dass M. so ungeduldig ist mit der Forderung, nationale Egoismen in der EU zu überwinden, ist sehr sympathisch, aber eben auch ohne Gefühl für historische Prozesse und ihren Zeitbedarf. Er hat Recht, wenn er den Nationalismus als relativ junges Phänomen identifiziert, aber es gibt ihn doch immerhin schon weit über 100 Jahre! In dieser Zeit sind auf der

Basis nationaler Sprachen nationale Medien und Diskurse entstanden, denen noch immer kein europäischer Diskurs gegenüber steht, der die Menschen als europäische Bürger erfasst.

Auch der europäische Fortschritt ist eine Schnecke, aber eine aus Echternach!

Für den fehlenden europäischen Diskurs wäre ein „Europäischer Landbote“ toll, der in allen Gemeinschaftssprachen erschiene und auf Schuldzuweisungen verzichtete. Es wäre vollkommen in Ordnung, wenn dieser Landbote nur von den „Eliten“ gelesen würde, denn M. sagt auf S. 42 etwas sehr Wesentliches: *„Demokratie setzt den gebildeten Citoyen voraus. Wenn dieser gegen die von den Massenmedien organisierten Hetzmassen nicht mehr mehrheitsfähig sind, wird Demokratie gemeingefährlich.“* Das ist ja die Tragik idealisierter Volkabstimmungen!

Für mich ist die europäische Krise „nur“ ein Teil einer politischen Krise unserer Demokratien, die im Vertrauensverlust der Vielen in ihre Eliten begründet ist.

Gegen Ende kommt M. mit dem Vorschlag, den Rat abzuschaffen und ein aus den Regionen zu wählendes EU-Parlament zu schaffen, mit vollen parlamentarischen Rechten – und das heißt wohl auch, Steuern zu erheben für das EU-Budget. Das hat Endzeit-Logik, d.h. auch nach meiner Meinung wäre das ein wünschbarer Zustand. Noch wünschbarer wäre für mich allerdings die Abschaffung der Länder in Deutschland, die ich als absolut künstlich empfinde; sie müssten zunächst durch glaubwürdig homogene Regionen ersetzt werden wie z.B. Franken oder Rheinland.

Noch aber ist die EU ein völkerrechtlicher Zwitter: einerseits ein Staatenbund, andererseits ein teilintegrierter Bundesstaat, dessen Element die Mitgliedstaaten sind. Würde M. die Stimmung in diesen Mitgliedstaaten über die Jahrzehnte aufmerksamer verfolgt haben, so hätte er wie ich festgestellt, dass es nie eine wesentliche Zustimmung zu einem Bundesstaat gab. Leitidee war dominanter Weise ein „Europa der Vaterländer“ (Copyright bei De Gaulle). Wahrscheinlich war eine Stimmung pro Bundesstaat nirgends und nie höher als in Deutschland und nirgends niedriger als in England, Frankreich und Skandinavien.

M. spricht also nicht für einen Traum der Europäer, sondern für eine Vision, die Leute wie ich teilen, also eine kleine Minderheit.

Was wir Europäer brauchen, ist die List der Füchse, Schritte in die richtige Richtung zu machen, ohne andere zu verprellen. Das erkenne ich auch im Vertrag von Lissabon, den ich ganz anders beurteile als M., nämlich als integrationspolitisch realistischen Fortschritt.

Wenn ich heute Felder für Optimismus sehe, dann im Bereich der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die von den USA 2007 ausgegangen war; auch sehe ich aber, dass das deutsche Rezept, der Versuchung weiterer Verschuldung zu widerstehen, gute Früchte trägt, wo es angewendet wird, also in Österreich, Spanien, Portugal, Irland, Estland etc. erzwungenermaßen sogar in Griechenland. Verschleppte Krisen existieren, wo es ignoriert wird, also in Frankreich, Italien etc. Das dürfte M. heute, 4 Jahre nach seinem Verdikt gegen „Austeritätspolitik“, irritieren.

Leider ist M. auch Anhänger der absurden Ansicht, „Sparzwang stranguliere den Sozialstaat“. Diese Ansicht lebt von sprachlicher Wahrheitsvermeidung, denn richtig formuliert meint er wohl, den Sozialstaat müsse man mit Schulden finanzieren. Aber das traut sich ja keiner offen zu sagen, denn das genau hat Griechenland und andere in die Katastrophe geführt. Da vermengt der Autor eine staatspolitische Vision mit einer sozialpolitischen Illusion. Wer sieht denn Beweise, dass Regionen selbstloser wären als die existierenden Staaten? Weder Bayern noch Katalonien wären da Beispiele.

Der Autor möchte die Abschaffung nicht nur des Rates, sondern überhaupt der Nationalstaaten. Das ist provokant zugunsten seiner Vision. Da er sicher nicht über alle Köpfe hinweg zu einem solchen Ziel gelangen kann und – als Demokrat – will, müssten die Völker in demokratischer Selbstbestimmung ihre Abschaffung als Nation billigen. Dafür gibt es kein historisches Beispiel; vielmehr sind die relativ jungen Nationen (siehe oben) „gerade erst“ durch Gewalt und/oder nationale Befreiung entstanden. Ost- und Südost-Europa ist voll von Beispielen wieder erlangter nationaler Souveränität. Eine demokratische Selbstaufgabe dieser nationalen Identität scheint nicht nur im Falle Ungarns außerhalb der Denkmöglichkeiten innerhalb der nächsten Jahrzehnte.

Die von Menasse geforderte neue, europäische Demokratie muss meines Erachtens über die Weiterentwicklung des Europäischen Parlaments gehen. Ich würde als nächste Schritte empfehlen: Auflösung der nationalen Sitzkontingente, Direktmandate in 300 Wahlkreisen, Wahl weiterer 300 Abgeordneter nach gesamteuropäischen Parteilisten, Ausgleich für Überhangmandate der Parteien.

Steuererhebungsrecht, eingeschränkt auf einen Hebesatz auf 1% Mehrwertsteuer (die in der EU einheitlich zu bemessen wäre – eine noch zu bewältigende Aufgabe!).

Weitere Verschiebungen der Macht innerhalb der Triade aus Rat, Kommission und Parlament zu Lasten des Rates; Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungskompetenz im Rat.

Aussetzung von Mitgliedschaften bei schwerwiegenden Verletzungen der Grundwerte. Übertragung der judikativen Funktion von der Kommission als „Hüter der Verträge“ auf den Europäischen Gerichtshof; auch der Rat sollte in Fragen rechtlicher Prüfungen und Entscheidungen entmachtet werden.

Und natürlich muss es eine starke europäische Armee geben, möglichst unter Letztkontrolle des Parlamentes, denn die Welt ist und wird nicht friedlich, nur weil Europa wehrlos ist und nirgends helfen kann.

Gerd Eisenbeiß, Bonn im August 2017